OMNIBUS

gemeinnützige GmbH für Direkte Demokratie

OMNIBUS Newsletter, 23. September 2005

Liebe Freundinnen und Freunde der Volksabstimmung,

in diesen bewegten Tagen möchten wir Ihnen einige Auszüge aus unseren letzten Pressemitteilungen zukommen lassen.

22.09.05

Die wahren Zahlen

Der OMNIBUS FÜR DIREKTE DEMOKRATIE gab heute bekannt, von wieviel Prozent der Wahlberechtigten die einzelnen Parteien gewählt wurden. Michael von der Lohe, Geschäftsführer des gemeinnützigen Unternehmens, erläuterte: "Wir haben den hohen Anteil der Nichtwähler und die als ungültig abgegebenen Stimmen berücksichtigt". In der Tat beträgt die Wahlbeteiligung lediglich 77,7 %, vor drei Jahren waren es noch 79,1 %. Von den abgegebenen Stimmen sind 1,6 ungültig (2002 waren es 1,2 %). Aus der verbleibenden Anzahl der abgegebenen gültigen Stimmen ergibt sich, daß die CDU/CSU von 26,9 %, die SPD von 26,2 %, die FDP von 7,5 %, die Linkspartei von 6,7 % und die Grünen von 6,2 % der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger gewählt wurden. Von der Lohe forderte, als Konsequenz aus diesem Ergebnis das Recht der bundesweiten Volksabstimmung einzuführen. "Nach unseren Zahlen wäre beispielsweise eine Koalition aus CDU/CSU, FDP und Grünen von nur 40,6 % aller Wahlberechtigten gewählt. Dennoch würde sie vier Jahre lang alles für alle entscheiden! Dieses geschlossene System kann durch die Einführung der Volksabstimmung geöffnet werden. Die Bürger können dann differenziert zu einzelnen Sachfragen Vorschläge einbringen und ihr Votum abgeben" ...

21.09.05

Der Orakelspruch der Bundestagswahl

Die Neuwahl sollte Klarheit darüber schaffen, wie es in Deutschland weitergehen soll. Doch weder Rot-Grün noch Schwarz-Gelb wurden vom Wähler beauftragt. Jetzt herrscht Ratlosigkeit im Land, überall wird die Frage bewegt: "Was hat dieses Ergebnis zu bedeuten?" Dazu sagte Kurt Wilhelmi vom OMNIBUS FÜR DIREKTE DEMOKRATIE am Mittwoch in Berlin: "Der Souverän hat keines der politischen Lager bestätigt. Das heißt: er will keine Lager mehr. Er will kein Blockdenken mehr, das zwischen Regierungsparteien und Oppositionsparteien trennt. Er will, daß die Parteien zusammenarbeiten und Lösungen für die brennenden Zeitfragen finden. In der Schweiz gibt es gute Erfahrungen mit der Konkordanz-Regierung. Und wenn die Parteien bei einer Frage keine Einigung finden, dann entscheidet das Parlament über die unterschiedlichen Lösungsvorschläge, ohne Fraktionszwang. Oder das Volk, im Volksentscheid!" Wilhelmi schlägt deshalb vor, ein bundesweites Abstimmungsrecht einzuführen, bei dem sowohl die Bürger als auch das Parlament Vorschläge zum Volksentscheid bringen können. "Die neue Kultur ist das Gespräch. Alle sind gewählt. Strittige Fragen werden über die Volksabstimmung mit dem Souverän geklärt" ...

23.09.05

Aktion Wahlstreik! kämpft weiter für die Volksabstimmung

Bis heute haben 1855 Menschen ihre Wahlbenachrichtigung an den OMNIBUS FÜR DIREKTE DEMOKRATIE geschickt. Sie haben bewußt nicht gewählt und durch die Teilnahme an der Aktion Wahlstreik die Einführung eines bundesweiten Abstimmungsrechtes gefordert. Michael von der Lohe, Geschäftsführer des OMNIBUS, sagte dazu am Freitag: "Niemand wird wohl noch wagen zu behaupten, bei den Sondierungsgesprächen zwischen den Parteien ginge es um die Suche nach der sinnvollsten Zukunftsgestalt der deutschen Gesellschaft und Europas. Wenn wir uns nicht bald das Abstimmungsrecht auf Bundesebene erkämpfen, machen wir uns schuldig am Niedergang der gesamten Gesellschaft. Jetzt nach der Wahl wird es sichtbar für alle Menschen, daß wir in Gestaltungsfragen der Gesellschaft unsere Stimmen nicht mehr pauschal abgeben dürfen. Unser moralischer Niedergang ist unmittelbar verknüpft mit der Zuname des Eigennutzes und die eigentlichen Sachfragen verkrüppeln im Gezerre der Machtlust zum bloßen Vorwand der streitenden Akteure. Welch eine Erlösung wäre die Einführung der bundesweiten Volksabstimmung! Für uns alle". Von der Lohe kündigte weitere Schritte der Aktion Wahlstreik an: zunächst ein offener Brief an alle neu gewählten Bundestagsabgeordneten; danach Aktionskarten, mit denen sich die Bürger über die Aktion informieren können und die auch an den Bundestag geschickt werden können ...

Mit freundlichen Grüßen

Kurt Wilhelmi

Wenn Sie den OMNIBUS-Newsletter nicht mehr erhalten möchten, tragen Sie sich bitte hier aus:
http://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/newsletter_omnibus

_____

OMNIBUS FÜR DIREKTE DEMOKRATIE
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin
Tel. 030 - 42 80 43 90
info@omnibus.org
www.omnibus.org
www.aktion-wahlstreik.de